

Mitreden in Europa statt Bürgerferne

EU-Abgeordnete diskutierten im Rathaus mit Bürgern / Nur „nutzlose Generaldebatten“?

Von unserer Mitarbeiterin
Nina Willborn

Soll Brüssel europäische Hauptstadt bleiben? Kann sich ein ausländischer Handwerker in Deutschland selbstständig machen? – Europa ist längst beschlossene Sache, der Euro in allen Briefflaschen und die Grenzen offen, trotzdem verursacht der „europäische Alltag“ so manche Probleme im Leben der Bürger. Im Rathaus hatten Bremer und Bremerinnen am Montagabend die Möglichkeit, mit den Verantwortlichen aus Brüssel zu diskutieren.

Unter dem Motto „Mitreden in Europa“ stellten sich Vertreter von Kommission und Parlament den Sorgen und Ängsten der Bürger, die trotz der hochsommerlichen Temperaturen zahlreich den Weg ins Rathaus gefunden hatten. EU-Osterweiterung, die Angleichung der Steuergesetze, Außen- und Sicherheitspolitik, Gesundheitswesen und die einzelnen Institutionen der Europäischen

Union waren nur einige der Themen, mit denen sich das Podium beschäftigte. Dort saßen die EU-Parlamentsabgeordneten Karin Jöns (SPD) und Dr. Hans-Peter Mayer (CDU), Axel Banz als Vertreter der Kommission und Bürgermeister Hennig Scherf. Die Moderation übernahm Volker Weise, Chefredakteur des WESER-KURIER, der das überschäumende Temperament so manchen Redners in geregelte Bahnen lenken musste.

Bürgerferne?

Die der EU oft vorgeworfene Bürgerferne war auch an diesem Abend Gegenstand der Debatte. „70 Prozent der Gesetze, die im Bundestag verabschiedet werden, stammen aus Brüssel“, versuchte Karin Jöns den Vorwurf zu entkräften.

Auch ihr Kollege Hans-Peter Mayer, Spezialist für Wirtschaft und Steuerrecht, verteidigte die Arbeit des Parlaments: „Unsere Sitzungen sind öffentlich, die des Rates nicht,

und das kommt dann in die Medien. Diese einseitige Wahrnehmung wollen wir ändern.“

EU-Richtlinien würden auch längst in Bereichen angewendet, mit denen der einzelne Bürger nicht tagtäglich in Berührung komme. „Auf den Gebieten Polizei und Sicherheit funktioniert Europa schon, Europol und der europäische Haftbefehl zeigen das“, so Henning Scherf. Auf der anderen Seite sei die Europäische Union für viele Probleme gar nicht verantwortlich: Gesundheits- und Bildungspolitik seien nach wie vor national bestimmt. „Solange Europa nicht zuständig ist, bleibt uns nur die offene Koordinierung als neue Politikform“, erklärt Jöns.

Bei den Institutionen der EU soll sich einiges ändern – seit Ende Februar tagt regelmäßig ein Konvent aus Regierungsvertretern, nationalen Parlamentariern und Europa-Abgeordneten, um Pläne für die Zukunft zu schmieden. Ob dieser Konvent denn nicht

nur nutzlose General-Debatten führe, so die Frage eines Zuhörers, dem statt dessen ein Volksentscheid über die Verfassung Europas vorschwebt. Axel Banz vertritt in dieser Frage eine andere Meinung. Man müsse dem Konvent noch Zeit geben, schließlich befinde er sich erst in seiner Anfangsphase und das Schließen von Kompromissen bei über 100 Mitgliedern sei nicht einfach, warb er um Verständnis.

Den Rest der Diskussion bestimmten persönliche Fragen der Teilnehmer – die Themen „Hollerland“, chronisch Kranke oder die Umweltbelastung am Arbeitsplatz etwa, die, zwar wichtig, allerdings nur am Rande mit der EU zusammen hängen. Kurzzeitig wechselte das Thema der Veranstaltung aufgrund der Beiträge einiger engagierter älterer Herren sogar von der Europa- zur Lokalpolitik. So lief die Zeit davon. Und deshalb musste etwa die europapolitische Frage, ob Athen Brüssel als europäische Hauptstadt ablösen soll, unter den Tisch fallen.